des internationalen Proletariats und der werktätigen Bauernmassen zur Verteidigung der Sowjetunion.

Die Arbeiter in den Städten Europas, die chinesischen und die indischen Kulis, die Negerarbeiter Afrikas, die Proleten aus den Höllen der amerikanischen Trustgewaltigen, alle von den Kapitalisten Geknebelten, Unterdrückten und Ausgebeuteten werden heute marschieren. Sie werden ihre gewaltige Kraft demonstrieren, den Ausbeutern und ihren Lakaien beweisen, daß das Vaterland des Proletariats nicht allein steht, sie werden beweisen, daß Millionen und aber Millionen mit ihren gewaltigen Kräften begeistert die Sowjetunion gegen die imperialistischen Räuber zu verteidigen bereit sind.

Die Arbeiter Dresdens werden ebenfalls aufmarschieren. Mit unseren Brüdern und Schwestern, mit den Millionen geschundenen Lohnsklaven und Kolonialvölkern demonstrieren wir unsere Kampfbereitschaft gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion, für die Beseitigung des Kapitalismus, für die Errichtung der Weltkommune!

Proleten! Auf die Straße!

Schlagt ihnen auf die Finger!

Berlin, den 1. August.

Die bürgerliche Presse berichtet aus China, **daß von Amerika und Japan fieberhafte Vorbereitungen getroffen werden, um die Sowjetgebiete Chinas und die Roten Armeen niederzuschlagen.**

Die gewaltige Ausdehnung der Sowjetgebiete in China, die Begeisterung der Arbeiter und Bauern, mit welcher sie die Roten Armeen in den Sowjetgebieten unterstützen, fällt den Ausbeutern des chinesischen Volkes, den amerikanischen und japanischen Kapitalisten auf die Nerven. Sie befürchten mit Recht, daß ihnen in kürzester Zeit die Möglichkeit, aus den chinesischen Kulis ihre Millionenprofite herauszuschinden, nicht mehr gegeben ist.

Die Arbeiterklasse der ganzen Welt wird den kapitalistischen Räubern entgegentreten, wenn sie es wagen, ihre gierigen Tatzen gegen die Sowjetgebiete auszustrecken.

Verbote gegen die Antikriegsaufmärsche in Oesterreich

Wien, den 30. Juli.

Die Landesregierung von Steiermark hat die Antikriegskundgebung am 1. August in Graz verboten. Das Internationale Treffen in Hallein am 3. August unter freiem Himmel, an dem sich auch bayrische Arbeiter beteiligen werden, wurde mit der Begründung verboten, daß es keine unmittelbare Kriegsgefahr gäbe und somit für eine solche Demonstration keine Notwendigkeit vorhanden sei.

In Wien wurde das Flugblatt, das für den 1. August zu fünf Kundgebungen in den Arbeiterbezirken aufruft, von der Polizei beschlagnahmt. Gegen die Propagandistengruppen, die in den letzten Tagen für die Vorbereitung des 1. August in den Proletarierrierteln arbeiteten, veranstaltete die Polizei umfangreiche Razzien. Es gelang ihr auch, mehrere Verhaftungen vorzunehmen. Sowohl in Wien, als auch in mehreren Provinzorten fanden Haussuchungen in den Sekretariaten der KP statt.

Weit über 10 Prozent Entlassung von Angestellten

Bisher 5000 Kündigungen durch den V. B. M. I. bekannt / Siemens hetzt Arbeiter gegen Angestellte / Kämpft mit der RGO gegen Unternehmerwillkür

Berlin, den 31. Juli.

Die Kündigungen in der Berliner Metallindustrie gehen teilweise weit über die angekündigten 10 Prozent hinaus. Die Autofabrik Chrysler hat 25 Prozent, Stock & Co. in Marienfelde sogar 45 Prozent, die AEG rund 10 Prozent ihrer Angestellten gekündigt. In einigen Betrieben sind 12 Prozent gekündigt worden. Gleichzeitig werden Gehaltskürzungen durchgeführt. Stock & Co. will Gehaltskürzungen von 7 bis 10 Prozent vornehmen. Bei Borsing wurde eine Gehaltskürzung von 14 Prozent angekündigt. Die National-Registrierkassen-Gesellschaft hat der gesamten Belegschaft zum Zwecke der Gehaltskürzung gekündigt.

Gestern abend waren bereits rund 5000 Kündigungen bekannt. Da in der Berliner Metallindustrie insgesamt 70 000 Angestellte beschäftigt sind, bedeutet eine allgemeine Durchführung der Kündigung von 10 Prozent der Belegschaft, daß rund 7000 auf das Straßenpflaster fliegen. Da gestern noch lange nicht alle Kündigungen bekannt waren, ist anzunehmen, daß die Zahl der Entlassenen bereits 7000 erreicht hat.

Die Hauptverwaltung der Siemensbetriebe läßt gestern abend eine Erklärung veröffentlichen, in der sie sagt, die Arbeiterbelegschaften seien innerhalb eines Jahres um ein Drittel verringert worden, jetzt müßten die gleichen Abbaumaßnahmen bei den Angestellten durchgeführt werden.

Die Gewerkschaftsführer aller Richtungen beschreiten den „Rechtsweg". Diese Haltung der verschiedensten Verbände zeigt den Angestellten deutlich, daß sie sich nur auf ihre eigene Kraft, die Unterstützung der KPD und der RGO verlassen können.

250 Glasarbeitern gekündigt!

Kamenz, den 1. August.

Die Glashütte in Kamenz hat 250 Arbeitern gekündigt

Die Ursache dieser Kündigung ist, daß am 8. August der Tarif der Glasarbeiter abläuft. Bis heute haben die reformistischen Bürokraten wie in den anderen Industriegruppen nichts unternommen, um den Tarif im Interesse der Glasarbeiter zu verbessern. Ja, sie hatten noch nicht einmal Gegenforderungen aufgestellt. Dadurch wird den Arbeitern bewiesen, daß die Gewerkschaftsbürokraten den Kapitalisten bewußt in die Hände arbeiten. Die elementarsten gewerkschaftlichen Aufgaben werden nicht einmal zum Schein durchgeführt. Das sehen die Kapitalisten, ja, das wird ihnen in den Arbeitsgemeinschaftssitzungen von den Bonzen direkt erklärt. Daher die frechen Vorstöße der Ausbeuter, die jetzt die Glasarbeiter vor die Entscheidung stellen wollen: Entlassung oder Lohnraub. Das ist der Sinn der Kündigung. Die Glasarbeiter müssen mit der Organisierung des Kampfes um ihre Existenzforderungen unter Führung der RGO antworten und zum 2. Landeskongreß ihre Delegierten wählen.

Nehmt euch ein Beispiel daran!

Kampfkomitee gegen Raubsteuern und Gehaltsabbau gebildet

Hamburg, den 31. Juli.

In Radekau (Oldenburg) fand eine gutbesuchte allgemeine öffentliche Protestversammlung gegen die ungeheuren Massensteuern statt. Die Versammelten beteiligten sich lebhaft an der Diskussion. Es wurde ein Kampfkomitee, bestehend aus 1 Kommunisten und 5 Parteilosen gebildet. Das Kampfkomitee verpflichtete sich, gemeinsam mit dem bereits bestehenden Kampfausschuß den Kampf gegen die Negersteuer und die allgemeinen Verschlechterungen aufzunehmen.

Großer Sieg der RGO

Essen, den 31. Juli.

Nach der Ungültigkeitserklärung der im März stattgefundenen und für die Opposition erfolgreichen Betriebsrätewahl auf Langen-Brahm 1 bis 3 boten die Reformisten und Christen alles auf, um bei der gestrigen Wiederholung der Wahl zu retten was zu retten war. Die Wahl verlief folgendermaßen:

	Juli 1930	März 1930	März 1929
Opposition	495 (5)	366 (4)	308 (3)
BAV	195 (1+1)	234 (2)	286 (2—1)
Christen	491 (4)	448 (4+1)	456 (5)

Der Stimmenverlust der Christen ist umso beachtenswerter, als Langen-Brahm 1 bis 3 eine Hochburg der Christen ist und sie hier mehr Mitglieder haben, als sie Stimmen erhalten haben. Ein Teil ihrer Mitglieder hat also Opposition gewählt. Die christlichen Arbeiter haben erkannt, daß nur die Opposition ihre Interessen vertritt.

Metallarbeiterstreik in Mittweida

Chemnitz, den 1. August.

Die Belegschaft der Maschinenfabrik Rascher u. Eichler in Mittweida hat geschlossen die Arbeit niedergelegt. Die Ursache des Streiks ist die Forderung der Firma auf 15 Prozent Lohnkürzung.

Der Betrieb arbeitete bisher nur 35 Stunden die Woche. Der höchste Verdienst für die bestbezahlten Monteure ist 1,20 Mk. pro Stunde. Nachdem die Belegschaft der „Vomag" den Lohnräubern mit dem Streik antwortete, sind jetzt die Metallarbeiter von Rascher u. Eichler in Mittweida gefolgt. Dieser Streik ist ein Zeichen der tiefen Gärung der Metallarbeiterschaft, die bereit ist, den Kampf gegen die Metallindustriellen um höheren Lohn, um die Verkürzung ihrer Arbeitszeit aufzunehmen. Die Mobilisierung der Metallarbeiter durch die RGO zeigt bereits ihre Früchte. Jetzt gilt es, alle Kräfte der RGO anzuspannen, um die gesamte Metallarbeiterschaft Sachsens in die Streikfront gegen die Lohnräuber zu führen. Brecht die Sabotage der Reformisten, um den Weg frei zu machen zum Kampf gegen Unternehmerdiktatur.

Hungerfriede in Nordwest

200 000 Ruhrproleten dem Bürgerblock verkauft — Die Gewerkschaftsbürokratie sanktioniert erneut den Lohnraub

Essen, 1. August. (Eig. Meldung.)

Die Verhandlungen über das Lohn- und Arbeitszeitabkommen in der Nordwest-Gruppe, das am 1. August kündbar war, haben am 29. Juli stattgefunden. Dabei ist folgendes herausgekommen:

1. **Die Kündigung der Regelung der Lohn- und Arbeitszeit vom 21. Dezember wird nicht ausgesprochen.**
2. **Die somit in Kraft bleibende Regelung der Arbeitszeit wird in einigen Punkten geändert.**
3. **Für die von den vorstehenden Arbeitszeitvereinbarungen betroffenen Arbeiter wird eine Neuregelung betrieblich vorgenommen. Im Streitfall entscheiden die Vertragsparteien.**

Alle drei Metallarbeiterverbände erklärten ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung mit den Unternehmern, offenbar unter der Parole: **Wir schließen Frieden während des Wahlkampfes!** Die vollständige Preisgabe der schwerschuftenden Nordwest-Metallarbeiter durch die Streikbruchbürokratie ist ein Faustschlag in das Gesicht der gesamten Arbeiterschaft. Diese Maßnahme der Gewerkschaftsbürokratie entspricht der Absicht, sich unter allen Umständen mit den Schwerindustriellen friedlich zu einigen und die für den Herbst zu neuen Kämpfen rüstenden Ruhr-Metallarbeiter an der Aufnahme des Kampfes um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu verhindern.

Trotz dieses neuen Verrates, der wiederum den Nordwest-Metallarbeitern die Gewerkschaftsbürokratie als das stärkste Hindernis für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitszeitbedingungen zeigt, wird die revolutionäre Gewerkschaftsopposition im Ruhrgebiet alle Kräfte anstrengen, um die Hütten- und Walzwerkarbeiter trotz bestehenden Tarifes in den Kampf für den Siebenstundentag, Lohnausgleich und Lohnerhöhung zu führen.

Rebellion in der SAJ

Auf den Delegiertenversammlungen der Hamburger SAJ kam eine starke Opposition gegen den Kurs des SAJ-Vorstandes zum Ausdruck. Der Vorstand verlangte die geschlossene Teilnahme der SAJ am Verfassungsrummel und verbot das Tragen von roten Fahnen. Bei der Abstimmung erhielt ein Antrag, der Nichtbeteiligung am Verfassungsrummel forderte, 106 Stimmen, während auf den Vorstandsantrag 73 Stimmen entfielen. Auf Grund dieser Abstimmung setzte die Diktatur des SPD-Parteivorstandes ein, der den gefaßten Beschluß als ungültig erklärte. Eine neue Delegiertenkonferenz wurde zusammengeschoben; man brachte es dadurch fertig, daß in der 2. Abstimmung die Beteiligung am Verfassungsrummel mit 130 gegen 69 Stimmen bei 50 Enthaltungen beschlossen wurde. Unter den Jungarbeitern der SAJ herrscht eine starke Erregung, und einige Distrikte beschlossen, trotz des gefaßten Beschlusses sich nicht am Verfassungsrummel zu beteiligen und eine eigene Demonstration unter roten Fahnen zu veranstalten.

Wahlrechtsräuber

Berlin, den 1. August.

In seiner großen Leichenrede, die Koch-Weser vorgestern der Demokratischen Partei hielt und bei der er die Ueberleitung der Demokraten zur Deutschen Staatspartei begründete, gab Koch als eine der ersten Aufgaben der neuen Partei an, zur gegebenen Zeit ein Volksbegehren für eine Wahlreform und eine Reichsreform durchzuführen.

Erst vor kurzer Zeit ist von der Deutschen Volkspartei beantragt worden, eine Wahlrechtsverschlechterung zu schaffen, nach der das Wahlrechtsalter von 21 auf 25 Jahre heraufgesetzt werden soll. Wenn jetzt auch diejenigen, die sich bisher Demokraten genannt haben, in das gleiche Horn blasen, so zeigt dies, daß der Kurs der gesamten Bourgeoisie auf Falschisierung der Staatsgewalt geht.

Hitler stachelt zum Wahlkrieg auf

„Es wird Gefangene und Verletzte geben"

Der „Völkische Beobachter" vom 30. Juli veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt:

„Es wird Gefangene und Verletzte geben, hoffen wir, daß es nicht auch Tote geben wird."

So stellt Hitler seine Terrorbanden ein. Er hat Auftrag vom Großkapital, den schärfsten Wahlterror gegen die Kommunisten zu entfalten. Antwortet durch Massenmobilisierung für die Liste der KPD, Liste 4!

„Todesstrafe!" sagt Hitler

In Hitlers „Völkischem Beobachter" vom 30. Juli wird ein Artikel veröffentlicht, der die ausgiebigste Anwendung der Todesstrafe empfiehlt. Beispielsweise ist für Hitler internationale Arbeitersolidarität gleich Landesverrat, und Landesverrat soll mit dem Tode bestraft werden. In dem erwähnten Artikel heißt es u. a. wörtlich:

„Der Grundfehler, der von allen ernsthaften Gegnern der Todesstrafe gemacht wird, ist die Ueberschätzung des einzelnen Menschenlebens."

Für Hitler ist ein Menschenleben, wenn es nicht gerade sein eigenes ist, einen Dreck wert. Er hat es hundertfach bewiesen, viele Hundert Arbeiter sind schon von seinen Terrorbanden gemordet worden.

Am 14. September ist Gelegenheit, mit dem nach Arbeiterblut gierigen Nationalsozialismus abzurechnen.

Nur Kommunisten kämpfen gegen den Faschismus

Auch in Ungarn!

Das „Berliner Tageblatt" vom 29. Juli veröffentlicht ein Telegramm seines Budapester Korrespondenten, in dem es heißt:

„In der letzten Zeit wurden trotz der Wachsamkeit der Polizei viele Flugblätter mit der Aufforderung, die Arbeiterschaft möge die würdige Feier des 1. August vorbereiten, verteilt. An diesem Tage soll unter dem Vorwand einer Arbeitslosendemonstration ein Umzug veranstaltet werden."

Unerschrocken kämpfen die ungarischen Kommunisten gegen das faschistische Regime Horthys. Ob in Italien, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, überall sind es allein die Kommunisten, die den Kampf gegen die faschistische Diktatur führen. Auch in Deutschland ist die Kommunistische Partei die einzige Kraft gegen den Faschismus.

Denkt daran! Unterstützt im Wahlkampf die Kommunistische Partei!

So antworten die Proleten

2 Textilarbeiterdelegierte zum Landeskongreß der RGO gewählt

Chemnitz, den 1. August.

Die Belegschaft des Frankwerkes der Marschel Frank Sacho AG. in Chemnitz wählte in einer gutbesuchten Betriebsversammlung eine Arbeiterin und einen Arbeiter als Delegierte zum 2. Landeskongreß der RGO.

Habt ihr in eurem Betrieb auch schon zu der Lohnraubsoffensive der sächsischen Industriellen Stellung genommen und einen Delegierten gewählt?

Kampfgruß deutscher Bauarbeiter aus der Sowjetunion

Telegramm!

Erste deutsche Bauarbeiterstoßbrigade sendet zum 1. August der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Führerin, der Kommunistischen Partei, heißeste Kampfesgrüße. Euer revolutionäres Kampfaufmarsch, Euer revolutionärer Elan und unsere ganze Kraft dem Fünfjahrplan — dies ist die beste Antwort auf die Kriegshetze der Imperialisten. Rot Front!

Erste deutsche Bauarbeiterstoßbrigade Moskau.

Noch nicht einig!

Berlin, den 1. August.

Gestern fanden die Besprechungen, die von der Volkspartei eingeleitet wurden und an der sich Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, die Deutsche Staatspartei, Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei beteiligten, ihre Fortsetzung.

Nachdem am Mittwoch ein Zusammenschluß mit der neuen deutschen Giftgaspartei abgelehnt wurde, kam ein Zusammengehen im Reichstag oder ein gemeinsamer Wahlaufruf nicht zustande.

Der Vorsitzende der Deutschen Staatspartei, Koch-Weser, appellierte in seiner Rede an die übrigen, sich auf den Boden der Giftgaspartei zu stellen, wie dies bereits die Deutsche Demokratische Partei getan habe. Vorläufig wurde eine Einigung nicht erzielt.

Die Deutsche Volkspartei hatte ihren Reichsausschuß gestern in Berlin versammelt. Ein Zusammengehen mit der Deutschen Staatspartei wurde abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei fordert Sammlung aller bürgerlichen Parteien, **die auf dem Boden der faschistischen Artikel-48-Diktatur stehen.**